Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

12. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 22.12.2022

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
3	13.04.2021	V+G/VGB 32/2020 und V+G/VGB 67/2020 - 1	<p>Aufzeichnung (Bild und Ton) der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und anschließende Bereitstellung zum Abruf im Internet (Video on Demand)</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Magistratskanzlei zur Kenntnis.</p> <p>Der Ausschuss bittet die Magistratskanzlei, das Büro der Stadtverordnetenversammlung unter Einbindung des BIT bei der unverzüglichen Umsetzung der Live-Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu unterstützen. Vorrangig soll eine Übertragung durch Radio Weser TV erfolgen. Der Ausschuss bittet das Dezernat II (Stadtkämmerei) die Finanzierung der Übertragung in den Haushalten beginnend ab 2022 dauerhaft abzusichern. Über die Live-Übertragung von Ausschüssen wird nach Auswertung der Erfahrungen und Kosten der Live-Übertragungen der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.</p>	Büro StVV, Magistratskanzlei, Stadtverordneten- vorsteher	Erledigt	Sitzung der StVV am 01.12.2022 live gestreamt.

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

12. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 22.12.2022

15	22.11.2022	V+G/VGB 40/2022-1	<p>Von der Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021 überwiesener Antrag:</p> <p>AT 19/2021 "Mehr Macht den Bürger*innen: Verbesserung der Bürgerbeteiligung durch Absenkung Beteiligungs- und Entscheidungsquoten" (GRÜNE PP)</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss lehnt den Antrag ab.</p>	Büro StVV	Erledigt	Im V+G am 22.11.2022 abgelehnt.
18	10.05.2022	V+G/VGB 18/2022	<p>Evaluierung § 46a GOStVV Zulässigkeit von Videokonferenzen</p> <p><u>Beschluss (10.05.2022):</u> Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung nimmt die Stellungnahme der Magistratskanzlei zur Kenntnis.</p> <p>Magistratskanzlei und BIT werden um Prüfung gebeten, wie ein Live-Stream von Ausschusssitzungen (Videokonferenz), auch im Abgleich mit der Praxis in Bremen, realisiert werden kann.</p>	Magistratskanzlei und BIT	Erledigt	
21	22.11.2022	V+G/VGB 71/2022	<p>Änderung des Entschädigungsortsgesetzes; hier §§ 6, 9, 14 und 16 EntschOG (Modifizierung</p>	Rechtsamt, Büro StVV	In Bearbeitung	Dez. 22: Das Rechtsamt wurde gebeten, den am 22.11.2022 getroffenen Beschluss umzusetzen

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

12. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 22.12.2022

			<p>Erwerbsausfallregelung, Höhe der Aufwandsentschädigung und Definition Rücklagen)</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>1. Eine Rundung der für die Gewährung von Erwerbsausfallzahlungen erfolgt pro Tag.</p> <p>2. Auch Hausfrauen und –männer haben einen noch festzulegenden Anspruch auf Erwerbsausfalleistungen.</p> <p>3. Die Regelung, wonach selbständig tätige Stadtverordnete und selbständig tätige ehrenamtliche Magistratsmitglieder, die zugleich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen keinen Anspruch auf Erwerbsausfall aus ihrer Selbständigkeit haben, wird angepasst.</p> <p>Eine klarstellende Regelung bezüglich des begrenzt zu berücksichtigten Zeitraumes für Selbstständige wird mit aufgenommen.</p> <p>4. Den Begriff Rücklagen so zu definieren, dass der Konto- und Kassenbestand zum</p>			<p>und einen Entwurf eines Ortsgesetzes in die StVV einzubringen. .</p>
--	--	--	--	--	--	---

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

12. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 22.12.2022

			<p>Ende eines Jahres gemeint ist. Diesbezüglich ist auch eine Anpassung der Ausführungsbestimmungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Fraktionen erforderlich.</p> <p>5. Es wird mit aufgenommen, dass die Aufwandsentschädigung jeweils zum 1. Juli eines</p> <p>jeden Jahres um den Prozentsatz angepasst wird, um den sich die Entschädigung der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) erhöht oder verringert.</p>			
--	--	--	--	--	--	--